

An den  
Präsidenten des Südtiroler  
Landtages  
Herrn Dr. Josef Noggler  
Bozen

Bozen, den 06. Juni 2021

## Ersetzungsantrag zu B E G E H R E N S A N T R A G Nr. 23/21

### **Aufhebung der Impfpflicht für das Personal im Gesundheits- und Pflegebereich**

Am 2. April 2021 trat das Draghi-Dekret in Kraft, welches vorsieht, dass Mitarbeiter in sozio-sanitären Berufen, Altersheimen, Apotheken und konventionierten Kliniken versetzt oder bis Jahresende ohne Bezahlung von der Arbeit suspendiert werden, wenn sie sich nicht gegen COVID-19 impfen lassen würden. Am 28. Mai 2021 wurde diese Impfpflicht mit dem Staatsgesetz Nr. 76/21 bestätigt. Damit trat in Italien de facto ein Impfzwang für das Personal im Gesundheits- und Pflegebereich in Kraft.

Noch am Jahresende 2020 bekräftigt Ministerpräsident Conte, dass die Einführung einer Corona-Impfpflicht ausgeschlossen werde. Bereits Anfang November machte Gesundheitsminister Roberto Speranza deutlich, dass Italien keine Impfpflicht gegen die Corona-Pandemie einführen wolle. Vielmehr sei innerhalb der Regierung eine „großangelegte Überzeugungskampagne“ angedacht, damit die Bevölkerung das Impfangebot annehme, um eine Herdenimmunität zu erreichen.

Trotz dieser Zusicherungen werden Pflegekräfte, Ärzte und Mitarbeiter nun einem staatlichen Impfzwang ausgesetzt.

### **Südtiroler Mediziner gegen Impfzwang**

Mitte April 2021 hat sich der Vorstand der Südtiroler Gesellschaft für Allgemeinmedizin (SÜGAM) mit großer Mehrheit gegen einen Impfzwang für das Gesundheitspersonal ausgesprochen und stellte sich damit gegen den staatlichen Zwang. Die SÜGAM ist die größte Interessensvertretung der Hausärzte in Südtirol, ihr gehören etwa drei Viertel der Allgemeinmediziner an.

### **Jeder vierte Mitarbeiter ist nicht geimpft**

Am 29. April 2021 wurde veröffentlicht, dass 5.753 der insgesamt 20.000 Mitarbeiter im Südtiroler Gesundheitsbetrieb, den Seniorenheimen, Sozialdiensten und konventionierten Privatkliniken sich nicht impfen haben lassen. Der größte Teil soll dabei auf die Mitarbeiter der Seniorenheime entfallen.

Diese Mitarbeiter wurden in der Folge aufgefordert sich zu erklären, warum sie sich bis jetzt nicht impfen haben lassen. Sollte keine entsprechende Begründung abgegeben werden, wird seitens der Sanitätsbetriebes eine letzte Einladung zur Impfung ausgestellt und sollte diese nicht wahrgenommen werden, so erfolgt eine Meldung des Sanitätsbetriebes an die Betroffenen, den Arbeitgeber und die Berufskammern, wonach die Mitarbeiter in einen Bereich ohne Personenkontakt versetzt oder suspendiert werden sollen.

### **Personalnotstand**

Wie in vielen anderen Regionen nimmt auch in Südtirol der Personalmangel im gesamten Gesundheitsbereich seit Jahren zu. Besonders im vielfältigen Bereich der Pflege herrscht bereits ein alarmierender Notstand an Mitarbeitern. Der derzeitige Impfzwang verschärft die Situation zusätzlich. Würde jetzt auch nur ein Teil der aktuell nicht-geimpften Mitarbeiter im Südtiroler Gesundheits- und Pflegewesen suspendiert werden, so könnten essenzielle Dienste und Strukturen nicht mehr aufrechterhalten werden.

### **Europäische Staaten setzen vorwiegend auf Freiwilligkeit**

Die meisten europäischen Staaten sehen keinen Impfzwang vor - auch nicht für bestimmte Berufskategorien. Weder in Deutschland, Frankreich noch in Österreich wird ein derartiger Schritt angedacht und stattdessen auf Aufklärung, Information und positive Kampagnen gesetzt.

### **Dies vorausgeschickt fordert**

### **der Südtiroler Landtag den italienischen Ministerpräsidenten, die Regierung und das italienische Parlament dazu auf,**

1. die Verpflichtung zur Anti-SARS-CoV-2 -Impfung für Mitarbeiter im Gesundheitswesen und in sozio-sanitären Berufen zu überdenken und die darin vorgesehenen Suspendierungen zurückzunehmen, welche in Artikel 4 des Gesetzesdekrets Nr. 44 vom 01. April 2021 verabschiedet und durch das Staatsgesetz 76/21 vom 28 Mai 2021 bestätigt wurde.
2. den Grundsatz der Freiwilligkeit hinsichtlich der derzeit zur Verfügung stehenden COVID-19-Impfungen zu respektieren und nicht indirekt auszuhebeln;
3. an Stelle einer direkten oder indirekten Impfpflicht auf umfassende Aufklärung, Information und positive Kampagnen zu setzen;

Die Landtagsangeordneten:

Andreas Leiter Reber  
Ulli Mair  
Maria Elisabeth Rieder (TeamK)  
Paul Köllensperger (TeamK)  
Alex Ploner (TeamK)  
Franz Ploner (TeamK)  
Peter Faistnauer (TeamK)  
Sven Knoll (STF)  
Myriam Atz Tammerle (STF)  
Josef Unterholzner (Enzian)  
Brigitte Foppa (Grüne-Verdi-Vërc)  
Riccardo Dello Sbarba (Grüne-Verdi-Vërc)  
Hanspeter Staffler (Grüne-Verdi-Vërc)